

// Presseinformation //

GEW gegen Lebensarbeitszeitverlängerung

3.000 Unterschriften an Innenminister Lewentz übergeben

Als Ausdruck ihrer Empörung über die von der rheinland-pfälzischen Landesregierung geplanten Regelungen zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Beamtinnen und Beamte unterzeichneten über 3.000 Lehrkräfte ein entsprechendes Protestschreiben der GEW. Klaus-Peter Hammer, Vorsitzender der GEW Rheinland-Pfalz, erneuerte bei der heutigen Übergabe der Unterschriftenlisten an Innenminister Roger Lewentz in Mainz die Kritik der GEW und forderte zugleich die beabsichtigten Regelungen zu überdenken und nachzubessern.

„Die Erhöhung der Lebensarbeitszeit ist aus Sicht der GEW eine grundsätzlich falsche politische Entscheidung“, sagte Klaus-Peter Hammer. Untersuchungen belegten, dass Lehrkräfte Zeit ihres Berufslebens stets hohen physischen und psychischen Belastungen ausgesetzt sind. Aus diesem Grund erreichten viele Kolleginnen und Kollegen das Pensionsalter gar nicht mehr oder wechselten Not gedrungen in Teilzeit. „Da ist es an der Zeit über Entlastungen und bessere Arbeitsbedingungen nachzudenken und Lehrkräfte nicht unter unzureichenden Bedingungen länger arbeiten zu lassen. Auf der anderen Seite verschlechtern sich durch die Lebensarbeitszeitverlängerung die Einstellungsperspektiven für junge Lehrkräfte und so droht das Abwandern der in Rheinland-Pfalz gut ausgebildeten Fachkräfte in Nachbarländer.“

Die vorgesehenen Regelungen führten laut Hammer zwangsläufig zu Ungerechtigkeiten und Härtefällen. Beispielsweise müssten nun Lehrkräfte der Jahrgänge 1953 bis 1958 länger arbeiten als andere Landesbeamtinnen und –beamte derselben Jahrgänge. Auch sei es nicht nachvollziehbar, dass der Zeitpunkt der Pensionierung nur zum Ende eines Schuljahres erfolgen kann.

- 2 -

Diese Seite kann im Internet abgerufen werden unter:
<http://www.gew-rlp.de>

GEW Rheinland-Pfalz • Neubrunnenstr. 8 • 55116 Mainz
Telefon 06131 28988-0 • Fax 06131 28988-80 • gew@gew-rlp.de
www.gew-rlp.de • www.facebook.com/GEW.RLP • twitter.com/gew_rlp

Die GEW fordere eine schulhalbjährliche Umsetzung, wie beispielsweise in Nordrhein-Westfalen und Hamburg. „Dass die Altersgrenze für unsere schwerbehinderten Kolleginnen und Kollegen von derzeit 60 Jahren auf 61 Jahre angehoben werden soll, halte ich für eine besondere soziale Härte und schlicht skandalös“, so Hammer.

Die GEW fordert die Landesregierung auf, sich für die Umsetzung einer an Lebensphasen orientierten Personalpolitik einzusetzen. Dazu gehört die Wiedereinführung der Altersermäßigung mit Beginn des Schuljahres, in dem das 55. Lebensjahr vollendet wird, und Altersteilzeit über den 31.12.2016 hinaus ohne weitere Abstriche zu ermöglichen.

Mainz, 12. Januar 2015